

Präs: 26. März 2009

Nr.: 2663/J-BR/2009

Anfrage

der vom Vorarlberger Landtag entsandten Bundesräte (Jürgen Weiss, Edgar Mayer und Ing. Reinhold Einwallner)

an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur

betreffend Abendschulen des Bundes

Die Arbeitsgemeinschaft Vorarlberger Erwachsenenbildung hat Ihnen kürzlich den Vorschlag unterbreitet, die Abendschulen des Bundes der Erwachsenenbildung übertragen, und dazu folgendes ausgeführt:

„Aus aktuellem Anlass – es gibt eine intensive Debatte über mögliche Einsparungen im Bildungsbereich, ohne dabei der Qualität zu schaden – machen wir erneut den Vorschlag, die Abendschulen des Bundes der Erwachsenenbildung zu übergeben. Damit ließe sich nicht nur die Effizienz steigern, dadurch wären auch Einsparungen von ca. 166 Millionen Euro möglich, also doch eine beträchtliche Summe. Einerseits ist es Erwachsenen zumutbar, für Bildungsangebote moderate Preise zu bezahlen, andererseits könnten die freiwerdenden Lehrpersonen an den öffentlichen Tagesschulen eingesetzt werden; damit ist auch ein wirksamer und vorausschauender Beitrag gegen den kommenden Lehrermangel geleistet.

Ein funktionierendes Beispiel ist das Vorarlberger Abendgymnasium, das seit dem Jahre 1996 auf der Basis von Teilnehmerbeiträgen geführt wird. Die Erfahrungen damit sind – wie auch bei den Kursen, die zur Berufsreifeprüfung führen – gut. Es ist nicht sinnvoll, Berufstätigen, die über entsprechende Eigenmittel verfügen, Bildungsgänge kostenlos anzubieten! Das kritisiert übrigens auch die OECD in ihrem Bildungsbericht über Österreich im Jahre 2005: Bemängelt wird dort, dass es große Unterschiede zwischen den kostenlosen Abendschulen des Bundes und den kostenpflichtigen Angeboten der Erwachsenenbildung gibt. Zusätzlich sind die Angebote der öffentlichen Hand zu lange, gehen zu wenig auf die besonderen Bedürfnisse von Erwachsenen ein und haben auch schlechtere Abschlussquoten, so die OECD.

2004 investierte das Unterrichtsministerium 166 Millionen Euro in die Abendschulen des Bundes, 2009 müsste also mindestens dieser Betrag einzusparen sein, so schätzen wir.“

Daher richten die unterzeichneten Bundesräte an die Frau Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur folgende

Anfrage:

1. Wie beurteilen Sie die Anregung der ARGE Vorarlberger Erwachsenenbildung?
2. Ist das angeführte Einsparungspotential von rund 166 Millionen Euro zutreffend?
3. Falls Nein: Warum nicht und wie hoch ist es nach Ihrer Auffassung?
4. Werden Sie von dem Angebot der ARGE Vorarlberger Erwachsenenbildung Gebrauch machen, Ihnen diese Vorschläge in einem persönlichen Gespräch zu erläutern?

Willems

L. Gint
Mayer.